

Bildung und Kinderrechte sind keine politische Verfügungsmasse!

Offener Brief von Pädagog*innen, Lehrer*innen und Erzieher*innen

Sehr geehrte Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel,
sehr geehrte Damen und Herren Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten,
sehr geehrte Damen und Herren Ministerinnen und Minister,
sehr geehrte Damen und Herren Bundes- und Landtagsabgeordnete,

Seit dem 17. März 2020 gibt es in Deutschland keinen geordneten Schul- und Kitabetrieb mehr. Der flächendeckende Wegfall der Schulbesuchspflicht soll seither durch Heimbeschulung in Elternverantwortung, Fernunterricht und virtuelles Lernen kompensiert werden. Die Betreuung noch nicht schulpflichtiger Kinder wurde gänzlich in die Hände der Eltern zurückgegeben. Gleichzeitig sind noch immer weitreichende Kontaktbeschränkungen und Schließungsanordnungen für Sportstätten, Musikschulen, Kirchengemeinden und sonstige Einrichtungen in Kraft, die es den Kindern zusätzlich verunmöglichen, Freund*innen und Gleichaltrige in einem größeren Kreis zu treffen. Zwar wurden die Schulen in den ersten Maiwochen für einzelne Jahrgänge wieder geöffnet, allerdings lassen die gleichzeitig erlassenen Hy-

gieneauflagen keinen regulären Unterrichtsbetrieb zu. Für die allermeisten Schüler*innen ist der Schulbesuch deshalb zurzeit nur sehr eingeschränkt oder überhaupt nicht möglich. Je nach Umfang der an der jeweiligen Schule vorhandenen Ressourcen können die Schüler*innen ihre Schule höchstens an einzelnen Tagen, mancherorts sogar nur für wenige Stunden pro Woche besuchen.

Die große Mehrheit der Lehrkräfte betreibt freilich einen erheblichen Aufwand, um ihre Schüler*innen auch im sogenannten „Home-Schooling“ zu erreichen. Zu glauben, dass diese Vorgehensweise den regulären Unterrichtsbetrieb auch nur annähernd ersetzen könnte, ist allerdings illusionär. In keiner Weise scheint be-

dacht worden zu sein, dass sich das Leben und Lernen in der Schule nicht im reinen Wissenserwerb erschöpft. Die Gemeinschaft mit Gleichaltrigen, die persönliche Beziehung zu Lehrer*innen und Erzieher*innen sowie das gemeinschaftliche Einüben von Kulturtechniken spielen eine nicht minder große Rolle. Die Schule ist für Kinder und Jugendliche ein zentraler Ort des Zusammenlebens und -lernens. Sie kann nicht durch einen virtuellen Raum ersetzt werden, an dem man sich punktuell auf elektronischem Wege austauscht. Erwachsene mögen dazu in der Lage sein, für einen überschaubaren Zeitraum aus Vernunftgründen auf gesellige Aktivitäten zu verzichten – Kinder und Jugendliche sind es nicht! Für sie stellt dieser Verzicht eine Katastrophe dar. Für ihre gesunde Entwicklung benötigen sie dringend gemeinschaftliche (nicht-virtuelle) Aktivitäten wie Singen, Spielen, Sport, Malen und Basteln. Lernen funktioniert für Kinder nur in Gemeinschaft gut.

Immer deutlicher zeichnet sich ab, dass sich viele Schüler*innen aufgrund der Corona-bedingten Schulschließungen einsam und alleingelas-

sen fühlen. Sie vermissen schmerzlich die persönlichen Hilfestellungen und den Zuspruch durch Lehrkräfte und Mitschüler*innen. Vereinzelt gibt es schon Fälle von Depressionen und anderen psychischen Erkrankungen. Besonders hart trifft die derzeitige Situation Schüler*innen mit sonderpädagogischem Förderbedarf. Sie sind am allerwenigsten dazu in der Lage, selbständig und eigenverantwortlich zu lernen. Kindern und Jugendlichen aus schwierigen sozialen Verhältnissen droht gar die Verwahrlosung, da sie keinen geregelten Tagesablauf mehr haben und das Schulessen als warme Mahlzeit wegfällt.

Als besonders verheerend bewerten wir zudem alle politischen Vorstöße, die die derzeitige Krise zum Anlass nehmen wollen, um digitalisierten Fernunterricht als neuen Normalfall zu etablieren. Kinder sind keine kleinen Erwachsenen, die selbstverantwortlich und aus eigenem Antrieb lernen. Sie ziehen ihre Lernmotivation in erster Linie aus stabilen sozialen Beziehungen zu Lehrer*innen und Mitschüler*innen. Brechen diese weg, ist der Bildungserfolg vieler Schüler*innen massiv gefährdet. Die Erfahrungen vieler

Lehrer*innen bestätigen diesen Befund.

Die Rechte von Kindern und Jugendlichen scheinen bei den politischen Entscheidungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie in eklatanter Weise außer Acht gelassen worden zu sein. Die derzeitige Verfahrensweise steht in krassem Gegensatz zu den eigentlichen Grundsätzen und Zielen der deutschen Politik im Hinblick auf Bildung, Erziehung und Teilhabe von Kindern und Jugendlichen. Von Chancengleichheit kann keine Rede mehr sein. Insbesondere Kinder aus bildungsfernen und sozial benachteiligten Elternhäusern werden durch den eingeschränkten Schul- und Kitabetrieb in einschneidender Weise diskriminiert. Aber auch alle anderen Kinder und Jugendlichen werden dadurch in ihrem Lernfortschritt und in ihrer persönlichen Entwicklung massiv behindert.

Kinderrechte sind in der Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen verbürgt. Dort sind ausdrücklich die Vereinigungs- und Versammlungsfreiheit (Art. 15), das Recht auf Bildung (Art. 28) und das Recht auf kulturelle Teil-

habe (Art. 31) festgeschrieben. Gleich zu Beginn, in Artikel 3, werden staatliche Akteure dazu verpflichtet, bei allen Maßnahmen, die Kinder betreffen - und das ist die flächendeckende Schließung von Schulen, Kindertageseinrichtungen, Sportstätten, Jugendclubs und Musikschulen zweifelsohne - das Wohl des Kindes vorrangig zu berücksichtigen. Die derzeitige Sachlage legt jedoch den Verdacht nahe, dass Kinder und Jugendliche bei den Entscheidungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie lediglich als Krankheitsüberträger angesehen werden und mithin als Objekte ohne eigenen Rechtsstatus. Diese eklatante Missachtung der Rechte von Kindern und Jugendlichen ist ein Skandal, dem umgehend Einhalt geboten werden muss. Die Bewältigung einer Krisensituation zulasten der Schwächsten und Schutzbedürftigsten ist einer zivilisierten Gesellschaft nicht würdig.

Wir bitten Sie dringend, für den weiteren Entscheidungsprozess zum Schulbetrieb im kommenden Schuljahr die folgenden Punkte zu bedenken:

- Die Lagebeurteilung aus rein epidemiolo-

gischer Perspektive ist einseitig und blendet andere Aspekte der Gefährdung aus.

- Pädagog*innen, Lehrer*innen und Erzieher*innen haben bei Entscheidungen von derartiger Tragweite das gleiche Recht, gehört zu werden, wie beispielsweise Mediziner*innen und Ökonom*innen.
- Kindern und Jugendlichen ist im Rahmen ihrer noch eingeschränkten Mündigkeit ebenfalls das Recht zur Mitsprache einzuräumen.
- Insbesondere zum Thema Digitalisierung und Virtualisierung des Unterrichts sollten dringend Expert*innen aus der pädagogischen Praxis zu Rate gezogen werden.
- Kinder und Jugendliche benötigen für eine gesunde Entwicklung stabile (nicht-virtuelle) Beziehungen zu Gleichaltrigen und zu Erwachsenen außerhalb des Elternhauses.
- Der Zweck der Pandemiebekämpfung heiligt nicht jedes Mittel.

Sehr geehrte Damen und Herren, die Unterzeichnerinnen und Unterzeichner fordern Sie dazu auf, damit aufzuhören, die Rechte unserer

Kinder und Jugendlichen als politische Verfügungsmasse zu betrachten, mit denen nach Belieben verfahren werden kann. Bitte öffnen Sie umgehend Schulen, Kindertageseinrichtungen, Sportstätten und sonstige für Kinder und Jugendliche wichtige kulturelle Einrichtungen für den regulären Betrieb.

Kinder haben Rechte – auch in Corona-Zeiten!

Berlin, 02. Juni 2020

Initiatoren:

Stephan A. Tumanow (Lehrer, Berlin)

Stefanie Tumanow (Sozialarbeiterin, Berlin)

Unterstützen Sie uns auf:

www.kinderrechte-und-corona.de